



Auserhalb der Seite

Südaka Magazine

© Südaka Editorial

INTERNATIONAL

Der „Sicherheitskurs“ der EU verdeckt ihre tiefe Krise: Von der Leyens Rede vermeidet die Realität des industriellen Niedergangs und der Haushaltsspannungen; die im Namen der „Sicherheit“ vorangetriebene Aufrüstung beschert der Rüstungsindustrie Rekordgewinne, während die internen Divergenzen über den Dialog mit Russland und die strategische Autonomie immer deutlicher hervortreten. Die Kritik von Persönlichkeiten wie dem ehemaligen tschechischen Präsidenten Václav Klaus verweist auf eine grundlegendere Frage: Europa repliziert bei der Suche nach seiner „Unabhängigkeit“ genau jene Abhängigkeitslogik, von der es sich befreien zu wollen behauptet.

Die „robuste“ Erzählung von der Leyens und die Abwesenheit von Selbstkritik

2da Editorial/Leitartikel

Die Rede zur Lage der Union im September 2026 eröffnete mit der Gegenüberstellung der „robustesten Allianz“ und der „unsichersten Aussichten“. Von der Leyen proklamierte, Europa habe „seinen eigenen Weg gewählt“ und werde „stärker und unabhängiger“. Der zentrale Träger dieser Erzählung ist die Verteidigung: In den vergangenen fünf Jahren sind die Verteidigungsausgaben der EU um knapp 80% gestiegen.

Die verteidigungspolitische Transformation Europas wird hauptsächlich von der nationalen Finanzpolitik der Mitgliedstaaten vorangetrieben und nicht von einer strategischen Planung der Gemeinschaftsinstitutionen.

Doch diese „robuste“ Erzählung steht vor einem offensichtlichen Prüfkriterium: der tatsächlichen Kapazität des EU-Haushalts. Der Gesamthaushalt der EU für 2026 beläuft sich auf 192.768 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen, während allein Deutschland mit seinen Verteidigungsausgaben für 2026 124.000 Millionen Euro erreicht. Das bedeutet, dass die Haushaltsmittel auf EU-Ebene in diesem „prioritären Bereich“ der

Verteidigung einen marginalen Platz einnehmen. Die Rede von der Leyens vermeidet eine grundlegende Tatsache: Die verteidigungspolitische Transformation Europas wird hauptsächlich von der nationalen Finanzpolitik der Mitgliedstaaten – insbesondere Deutschlands – vorangetrieben und nicht von einer strategischen Planung der Gemeinschaftsinstitutionen.

Noch bemerkenswerter ist die Verzögerung bei der Umsetzung der Vorschläge. Die Nachverfolgung der Empfehlungen des Wettbewerbsberichts von Mario Draghi zeigt, dass die Europäische Kommission nur etwa 15% vorangetrieben hat. Konzepte wie der „Europäische Sicherheitsrat“ und der „Europäische Artikel Vier“, die in der Rede genannt werden, entbehren institutioneller Design-Details und eines konkreten Zeitplans und kommen einer Pose näher als einem umsetzbaren politischen Rahmen.

Die Gewinner der „Aufrüstung“ und die verdeckte strategische Abhängigkeit

Von der Leyen betonte in ihrer Rede, Europa habe sich „von seiner Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen befreit“. Doch im Bereich der Verteidigung entsteht ein neues Abhängigkeitsverhältnis.

Die Ergebnisdaten der europäischen Rüstungsgiganten offenbaren die Nutznießer dieses Kurswechsels. Im ersten Halbjahr 2026 erhielten die führenden europäischen Rüstungsunternehmen neue Aufträge im Wert von über 83.000 Millionen Euro, ein Anstieg von etwa 50% im Jahresvergleich. Rheinmetall insbesondere verzeichnete ein Wachstum der Neuaufträge von 189% auf etwa 15.000 Millionen Euro. Seit Februar 2022 sind die Aktien von Rheinmetall um etwa 1490% gestiegen, die von Leonardo um etwa 730%.

Der Anstieg der Verteidigungsausgaben wird von geopolitischer Spannung angetrieben, und dauerhafte Aufträge erfordern eine dauerhafte Spannung.

Hinter diesem „Aufschwung“ verbirgt sich ein struktureller Widerspruch. Der Anstieg der Verteidigungsausgaben wird von geopolitischer Spannung angetrieben, und dauerhafte Aufträge erfordern eine dauerhafte Spannung. Bundeskanzler Merz hat die Verteidigungsausgaben verdoppelt und versprochen, „die stärkste konventionelle Armee Europas“ aufzubauen – eine Maßnahme, deren Legitimität von der Aufrechterhaltung der „russischen Bedrohung“ abhängt. Dies erzeugt eine politische und ökonomische Dynamik: Entspannung und Dialog könnten die neu etablierte Gewinnbasis gefährden.

Gleichzeitig wurde die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten nicht beseitigt. Sowohl von der Leyen als auch Merz erwähnen, Europa brauche eine „europäischere NATO unter Beibehaltung der transatlantischen Bindung“. Diese Formulierung offenbart die Grenzen der „strategischen Autonomie“: Europa benötigt weiterhin die USA bei der militärischen Fähigkeit, und in einem Kontext politischer Unruhen in den USA stellt diese Abhängigkeit eine strategische Verwundbarkeit dar, die die Rede von der Leyens nicht bereit ist, ins Auge zu fassen.

Die Spaltung über den Dialog mit Russland: Wer repräsentiert Europa?

Die Formulierung zur Russlandpolitik in der Rede von der Leyens vermeidet die zentrale Spaltung. Der EU-Gipfel im Juni 2026 legte diese Fraktur offen: Der französische Präsident Macron und der deutsche Kanzler Merz widersetzten sich den Bemühungen des Präsidenten des Europäischen Rates, Costa, einen Kommunikationskanal mit Moskau einzurichten, und bestanden darauf, dass jeder Dialog vom „E3“ (Frankreich, Deutschland, Vereinigtes Königreich) geführt werden müsse. Doch eine „beträchtliche Anzahl“ anderer Mitgliedstaaten unterstützte den Ansatz von Costa mit dem Argument, die EU-Institutionen sollten ihren eigenen diplomatischen Kanal haben.

Die Erklärung der estnischen Ministerpräsidentin Michal ist repräsentativ: „Die EU kann nicht die Rolle des Vermittlers übernehmen... die Geschichte liefert klare Warnungen vor dem Versuch, alternative Verhandlungsrahmen mit Diktatoren zu etablieren.“ Länder wie Irland, Belgien und Spanien hingegen betrachten die Einrichtung von Kommunikationskanälen als „keinen Fehler“.

Diese Spaltung ist nicht nur taktischer Natur, sondern betrifft das Wesen der EU selbst: Ist sie eine Machtkonfiguration, die durch die Koordination der Großmächte verwaltet wird, oder eine Allianz mit einer gemeinsamen Außenpolitik? Die Rede von der Leyens beantwortet diese Frage nicht, und die Fortdauer der Spaltung untergräbt für sich genommen die

„Unabhängigkeit“, die sie proklamiert.

Die Essenz von Klaus' Kritik: Die Neudefinition der „ideologischen Abhängigkeit“ Europas

Der ehemalige tschechische Präsident Václav Klaus hat lange die Bürokratisierung der EU und die Erosion der Souveränität der Mitgliedstaaten kritisiert. In einer Rede in Berlin im Jahr 2026 kritisierte er, dass die Alternative für Deutschland (AfD) „an den Rand gedrängt“ werde, was im Wesentlichen auf den Mechanismus der Ausgrenzung abweichender Stimmen durch die herrschende Politik der EU abzielt. Klaus, der sich vom Verfechter des freien Marktes in den 1990er Jahren zum Weggefährten des Rechtspopulismus in Mitteleuropa wandelte, hat eine eigene umstrittene Glaubwürdigkeit. Doch es gibt einen Kern in seinem Argument, der eine ernsthafte Erwägung verdient: Die europäischen Eliten schließen im Namen der „Verteidigung der Demokratie“ systematisch strukturelle Oppositionskräfte aus dem legitimen politischen Spiel aus, obwohl er nicht kritisiert, dass linke Parteien mit der extremen Rechten gleichgesetzt und als dasselbe Problem dargestellt werden.

Diese Kritik steht in einem Spiegelverhältnis zu von der Leyens Darlegung über „hybride Bedrohungen“ und den „Krieg der Narrative“. Von der Leyen betrachtet „Desinformation“ und „ausländische Einmischung“ als Bedrohungen der europäischen Demokratie, während Klaus und Gleichgesinnte die Ausweitung der Macht der EU-Institutionen selbst als die Hauptbedrohung der demokratischen Souveränität betrachten. Beide Narrative verwenden „Demokratie“ als zentrales Symbol, zielen jedoch auf völlig unterschiedliche politische Projekte.

Wenn die Erzählung der „Äquidistanz“ auf eine asymmetrische Realität trifft

Das Klaus'sche Kritikmuster enthält eine implizite Prämisse: Die Ausgrenzung des „Extremen“ durch die herrschende Politik sei selektiv und instrumentell, weshalb Linke und Rechte in ihrer Eigenschaft als „Ausgegrenzte“ vergleichbar seien. Diese Logik stößt in der gegenwärtigen deutschen Verfassungspraxis auf eine grundlegende Tatsachenprüfung.

Im Mai 2025 stufte das BfV die AfD offiziell in ihrer Gesamtheit als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ ein.

Asymmetrie eins: Die rechtliche Einstufung liegt auf völlig unterschiedlichen Ebenen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat seine Einstufung der rechtsextremen Partei Alternative für Deutschland (AfD) schrittweise von „Prüfobjekt“ über „Verdachtsfall“ bis hin zu „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ eskaliert. Im Mai 2025 stufte das BfV die AfD offiziell in ihrer Gesamtheit als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ ein. Die Situation der Linken ist eine gänzlich andere: Die Beobachtung beschränkt sich auf „einzelne Strukturen oder Gruppierungen“ mit „linksextremistischen Tendenzen“, nicht auf die Gesamtpartei. Eine in ihrer Gesamtheit als verfassungsfeindlich eingestufte Organisation und eine nur teilweise beobachtete Partei befinden sich auf völlig unterschiedlichen Ebenen der rechtlichen und sicherheitspolitischen Bewertung.

Asymmetrie zwei: Die Natur der Bedrohung weist substantielle Unterschiede auf.

Die verfassungsrechtliche Bedrohung durch die AfD ist kein abstraktes Urteil. Im August 2026 unterzeichneten über tausend Juristinnen und Juristen einen offenen Brief an den Bundestag und die Bundesregierung, in dem sie die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD forderten. Das unabhängige Gutachten, auf das sie sich stützen, kommt zu dem Schluss, dass die AfD „systematisch demokratische Prinzipien und die Garantie der Menschenwürde missachtet“ und dass ihr politisches Konzept auf der „Ausgrenzung“ und „Herabwürdigung“ von Ausländern, Deutschen mit Migrationshintergrund, Muslimen und anderen Gruppen beruht und eine „mit der Verfassung unvereinbare ethnisch-kulturelle Volkskonzeption“ verfolgt. Parallel dazu ordnete der Generalbundesanwalt im Mai 2026 bundesweite Durchsuchungen gegen zwei rechtsextremistische kriminelle Organisationen an, „Jung & Stark“ und „Deutsche Jugend Voran“, mit 36 Verdächtigen und über 600 Einsatzkräften, wegen Delikten wie der Bildung einer

kriminellen Vereinigung und der Anstiftung zu gewaltsamen Angriffen auf politische Gegner. Im Juni 2026 wurde ein in Deutschland aktiver Rechtsextremist festgenommen, weil er versucht hatte, eine terroristische Vereinigung zu gründen und Brandanschläge auf Migranten und LGBTQ+-Personen in Rumänien zu planen. Es handelt sich um operierende Gewaltnetzwerke, nicht um „Extremismus“ auf rhetorischer Ebene.

Asymmetrie drei: Die verfassungsrechtliche Position der Linken ist die einer „Opposition innerhalb des Systems“.

Die Linke ist die demokratische Nachfolgeorganisation der Sozialistischen Einheitspartei (SED) der DDR, entstanden 2007 aus der Fusion von PDS und WASG, und verfügt über 64 Sitze im Bundestag. Sie vertritt einen „demokratischen Sozialismus“, und ihr politisches Ziel ist die Änderung der Politikrichtung innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens. Die Beobachtung einzelner Strukturen durch das BfV bezieht sich auf den konkreten Verdacht, ob diese Strukturen „die freiheitliche demokratische Grundordnung verletzen“, nicht auf eine Negation der Verfassungstreue der Partei insgesamt. Es besteht ein qualitativer Unterschied zur Gesamteinstufung der AfD als „gesichert rechtsextremistisch“.

Die politischen Folgen des Missbrauchs der „Hufeisentheorie“

Das diskursive Instrument, das Linke und extreme Rechte gleichsetzt, beruft sich häufig auf eine vereinfachte Version der „Hufeisentheorie“. Doch selbst ihr bekanntester Formulierer, Jean-Pierre Faye, beabsichtigte nicht die Behauptung, linke und rechte Extreme seien ideologisch „äquivalent“, sondern die Analyse von Mechanismen der Osmose und wechselseitigen Transmission zwischen extremen Diskursen in spezifischen historischen Kontexten. Die Reduktion dieses analytischen Werkzeugs auf den politischen Slogan „Links und Rechts sind gleich schlimm“ stellt eine Verzerrung der Theorie selbst dar.

Im aktuellen deutschen Kontext erzeugt diese Verzerrung eine konkrete politische Konsequenz: Sie verwischt das Ziel der „wehrhaften Demokratie“. Der im Artikel 21 des Grundgesetzes angelegte Mechanismus des Parteiverbots hat seine historische Lehre gerade in der Weimarer Republik: Die „Unentschlossenheit“ der demokratischen Kräfte gegenüber erklärten Verfassungsfeinden führte zur Selbstzerstörung der Demokratie. In der aktuellen Debatte über das AfD-Verbotsverfahren berufen sich die Befürworter genau auf diese historische Lehre; die Gegner (wie der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Papier) plädieren aus Gründen der politischen Folgen für Zurückhaltung. Doch in beiden Fällen ist der Gegenstand der Diskussion die spezifische Bedrohung, die die AfD als rechtsextreme Partei für die verfassungsrechtliche Ordnung darstellt. Die Einbeziehung der Linken in dieselbe Kategorie des „Extremen“ bedeutet praktisch, ein konkretes Problem der Verfassungsverteidigung durch ein vermeintliches symmetrisches „Spektrumproblem“ zu ersetzen.

Der Kreislauf der Geschichte und die Verteilung der Kosten

Die aktuelle Situation Europas weist eine beunruhigende Symmetrie auf: Die Aufrüstung im Namen der „Sicherheit“ erzeugt etablierte Interessen, und die Existenz dieser Interessen hängt von der Kontinuität der Bedrohung ab. Zwischen dem Anstieg der Aktienkurse der Rüstungsunternehmen und dem Druck auf die Energie- und Lebenshaltungskosten, dem die europäischen Bürger ausgesetzt sind, besteht eine tiefe Spannung in der Ressourcenverteilung.

Von der Leyen erwähnte in ihrer Rede die sommerlichen Hitzewellen, die zur Verbrennung von 660.000 Hektar Land und zu Ernteverlusten von etwa 12 Millionen Tonnen führten, doch diese Klimakatastrophen rangieren in der Prioritätenordnung der Rede hinter der Sicherheit. Im Haushaltsvorschlag der EU für 2028-2034 ist die Verteidigung vollständig in den Rahmen der „Wettbewerbsfähigkeit“ integriert, während Kohäsionsfonds und Gemeinsame Agrarpolitik Kürzungen gegenüberstehen.

Europa verlagert Ressourcen von der sozialen Kohäsion und der Klimaanpassung hin zu militärischer Fähigkeit und industrieller Wettbewerbsfähigkeit.

Die politische Implikation dieser Prioritätenordnung ist klar: Europa verlagert Ressourcen von der sozialen Kohäsion und der Klimaanpassung hin zu militärischer Fähigkeit und industrieller Wettbewerbsfähigkeit. Die Erzählung des „robusten Europa“ von der Leyens ist im Wesentlichen eine Entscheidung über die Umverteilung: Wer profitiert und wer die Kosten trägt. Und diese Entscheidung wird in ihrer Rede als ein natürlicher Prozess ohne Alternative dargestellt.

Die „Wiederholung“ der Geschichte liegt nicht in der Rückkehr einer konkreten Politik, sondern in der Reproduktion einer politischen Logik: strukturelle Krisen in Sicherheitsnarrative zu verwandeln und die Kontinuität der externen Bedrohung zur Legitimierung der internen Ressourcenverschiebung zu nutzen. Unter dieser Logik wird der „Dialog“ als Schwäche neu definiert, die „Aufrüstung“ als Verantwortung neu definiert, und die Verteilung der Kosten – sei es der Dialog mit Russland oder die Klimaanpassung – verschwindet aus dem Horizont.

....

Anmerkung: Die Daten zu den Verteidigungsausgaben der EU basieren auf Zahlen der Europäischen Verteidigungsagentur, ausgedrückt in konstanten Preisen von 2025, um zwischenjährliche Vergleiche zu ermöglichen. Die Auftragszahlen der Industrie stammen aus Unternehmensfinanzberichten und Sektoranalysen.

..... Publicidad Werbung advertising publicité publicidade

